

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|--|--|
| 14. Dienstrechtliche und fachspezifische Regelungen in Kinderbetreuungseinrichtungen | 17. Kommissionsgebührenverordnung 2017 |
| 15. Dienstrechtliche Regelungen im Detail: Dienstzeit, Urlaub, Überstunden | 18. Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2017 |
| 16. Finanzausgleichsgesetz 2017
Abgabenertragsanteile der Gemeinden -
Minstdynamikregelung | 19. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis April 2017

<i>Verbraucherpreisindex für
Februar 2017 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

14.

Dienstrechtliche und fachspezifische Regelungen in Kinderbetreuungseinrichtungen

1. Dienstzeit in Kinderbetreuungseinrichtungen

Für Vertragsbedienstete in Kinderbetreuungseinrichtungen gelten, soweit nicht die Sonderbestimmungen im 7. Abschnitt Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 - G-VBG 2012, LGBl. Nr. 119/2011, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 8/2017, zur Anwendung gelangen, grundsätzlich sämtliche Bestimmungen des G-VBG 2012.

Die wesentlichen Regelungen zur **Dienstzeit** finden sich in den §§ 103 und 21ff G-VBG 2012. Zur Dienstzeit zählt die Zeit der im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden, der Überstunden sowie jener Teile der Bereitschaft und des Journaldienstes, während derer der Vertragsbedienstete verpflichtet ist, seiner dienstlichen Tätigkeit nachzugehen, jedoch ausschließlich der Ruhepausen.

Die **regelmäßige Wochendienstzeit** beträgt gemäß § 103 Abs. 1 G-VBG 2012 für die Kinderbetreuung und für die Vor- und Nachbereitung 40 Stunden. Die Vor- und Nachbereitung umfasst dabei insbesondere die Vorbereitung der pädagogischen Arbeit, die Dokumentation der pädagogischen Arbeit, die Eltern- und Teamarbeit, die verpflichtenden beruflichen Fortbildungen und die Verwaltungstätigkeit.

Für diese **Vor- und Nachbereitung** sind fünf Stunden der regelmäßigen Wochendienstzeit zu verwenden (Sonderbestimmungen gelten lediglich für pädagogische Fachkräfte, deren Dienstverhältnis vor dem 20.09.2006 begonnen hat. Für diese Personengruppe gilt eine regelmäßige Wochendienstzeit von maximal 36 Stunden. Diese gliedert sich in die Besuchszeit im Ausmaß von 30 bis 32 Stunden und der zusätzlichen Anwesenheit im Kindergarten im Ausmaß von bis zu 6 Stunden). § 21 G-VBG 2012 ergänzt diese Bestimmung dahingehend, dass die Dienstzeit unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen durch einen **Dienstplan** möglichst **gleichmäßig und bleibend** auf die Tage der Woche aufzuteilen sind (Normaldienstplan). Die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden sind vom Vertragsbediensteten grundsätzlich einzuhalten.

Für jede Kinderbetreuungseinrichtung ist gemäß § 30 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz eine **Leitung** zu bestellen, wobei diese dienstrechtlich für die Besorgung der Leitungsaufgaben in Abhängigkeit von der Anzahl der zu leitenden Kinderbetreuungsgruppen drei bzw. fünf Stunden der regelmäßigen Wochendienstzeit zu verwenden hat.

Die Leitung umfasst im Sinn § 30 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz sowohl pädagogische als auch administrative Aufgaben. Die Erstellung der einzelnen Dienstpläne unter Berücksichtigung des Mindestpersonaleinsatzes nach § 29 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz sowie der dort geregelten möglichen Ausnahmen (siehe hierzu ausführlicher Pkt. 2.) ist eine administrative Aufgabe im Sinne der obigen Bestimmung.

2. Heranziehung zur Dienstleistung

Pädagogische Fachkräfte, deren Dienstleistung sich nach dem Kindergartenjahr im Sinn des § 2 Abs. 17 Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz richtet, sind nach § 104 Abs. 2 lit b G-VBG 2012 während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres beurlaubt soweit in den § 104 Abs. 3 und 4 G-VBG 2012 nichts anderes bestimmt ist. Demnach sind pädagogische Fachkräfte auch während der Zeiten **außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung verpflichtet**, wenn hierfür ein dienstliches Interesse besteht. Ein derartiges dienstliches Interesse besteht jedenfalls dann, wenn die Einrichtung zur Ferienbetreuung geöffnet ist. Die dadurch erhöhte jährliche Dienstzeit ist in weiterer Folge aufgrund der gesetzlichen Bestimmung auszugleichen oder besoldungsrechtlich abzugelten.

Die Möglichkeit der Heranziehung während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres gilt auch für pädagogische Fachkräfte, deren Dienstverhältnis vor dem 20. September 2006 begonnen hat sowie für Assistenzkräfte mit Anspruch auf Ferien (ehemals Kindergartenhelferinnen).

3. Personaleinsatz in Kinderbetreuungseinrichtungen

Aufgrund der Bestimmung über den Mindestpersonaleinsatz im § 29 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz hat der Erhalter je nach Art der Kinderbetreuungseinrichtung pädagogische Fachkräfte und Assistenzkräfte heranzuziehen. So ist für jede Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortgruppe zumindest eine pädagogische Fachkraft und eine Assistenzkraft heranzuziehen, wobei hinsichtlich der Kindergartengruppen eine Übergangsfrist bis 01.09.2018 gilt. Abweichungen hiervon gibt es bei Kleinkindergarten- und

Kleinhortgruppen sowie bei Integrationsgruppen. Vom Erfordernis dieses Mindestpersonaleinsatzes kann während der Randzeiten im Sinn des § 11 Abs. 3 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz abgegangen werden.

Bei Gewährleistung des Mindestpersonaleinsatzes gemäß § 29 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz sind Förderungen desselben durch das Land Tirol möglich. Eine Verbesserung der Betreuungsqualität durch die Beschäftigung von zusätzlichem Personal wird seitens des Landes Tirol befürwortet, wobei hier darauf zu achten ist, dass zusätzliche Stunden möglichst direkte Auswirkungen auf die Betreuungssituation haben sollten.

Bei schwierigen Gruppenkonstellationen besteht die Möglichkeit, gemäß § 18 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz über die Inklusion mittels Stützstunden den Personalstand zu verstärken.

Für konkrete Fragen zum Personaleinsatz stehen die Mitarbeiterinnen der pädagogischen Aufsicht des Landes Tirol, Abt. Bildung, zu Verfügung.

4. Alterserweiterte Kinderbetreuungsgruppen und gemeindeübergreifende Kinderbetreuungsgruppen

Alterserweiterte Kinderbetreuungsgruppen sind aufgrund der Definition im § 2 Abs. 7 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz Kinderkrippen-, Kindergarten- oder Hortgruppen, in denen außer Kindern der grundsätzlich vorgesehenen Altersgruppen auch Kinder anderer Altersgruppen, und zwar ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Ende der allgemeinen Schulpflicht, gefördert und betreut werden.

Gemeindeübergreifende Kinderbetreuungsgruppen sind nach § 2 Abs. 8 leg. cit. Kinderkrippen-, Kindergarten- oder Hortgruppen, in denen Kinder aus mehreren Gemeinden gefördert und betreut werden.

Diese Möglichkeiten nach dem Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz ermöglichen es gerade kleineren Gemeinden, die Betreuung von Kindern bestmöglich anzubieten und organisatorisch zu bewerkstelligen. Dies betrifft vor allem die Nachmittags- und Ferienbetreuung. Aufgrund der ergänzenden dienstrechtlichen Regelung zur Dienstzuweisung im § 18a G-VBG 2012 sind auch gemeindeübergreifende Kooperationen in diesem Zusammenhang möglich.

Eine **Dienstzuweisung** liegt vor, wenn der Vertragsbedienstete einer anderen Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einem anderen Rechtsträger zur Dienstleistung zugewiesen wird.

Die Dienstzuweisung ist dann möglich, wenn der Vertragsbedienstete schriftlich zustimmt oder die Zuweisung im Interesse der interkommunalen Zusammenarbeit erforderlich ist. Ein derartiges Interesse ist im Rahmen der Ferienbetreuung gegeben. Ergänzend hierzu wird auf die Möglichkeit der Durchführung von Spielmitmir-Wochen (<https://www.tirol.gv.at/spielmitmirwochen>) hingewiesen.

5. Aus- und Fortbildung von Betreuungspersonal

Durch die Novelle des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes, LGBl. Nr. 88/2016, wurden einerseits die Betreuungspersonen verpflichtet, alle vier Jahre einen **Kurs in Erster Hilfe** zu absolvieren, andererseits wurde normiert, dass diese zumindest im Umfang von 15 Stunden pro Jahr an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen müssen (§ 29a Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz). Die Frist zur verpflichtenden Absolvierung eines Erste-Hilfe-Kurses beginnt damit erstmals ab dem Inkrafttreten der Novelle am 01.09.2016 zu laufen.

Eine weitere Neuerung betrifft die verpflichtende Absolvierung eines **Qualifizierungslehrganges für Assistenzkräfte** binnen drei Jahren nach Aufnahme ihrer Tätigkeit gemäß § 32a Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz. Diese Bestimmung betrifft nur jene Assistenzkräfte, deren Dienstverhältnis am 01.09.2016 oder später begründet wurde (§ 49 Abs. 14 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz). Das bedeutet, dass jene Assistenzkräfte, die am 31.08.2016 als solche beschäftigt waren, die Ausbildung nicht

absolvieren müssen, solange ihr (aktuelles) Dienstverhältnis aufrecht ist.

Für leitende pädagogische Fachkräfte besteht nunmehr nach § 33 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz die Verpflichtung, innerhalb von fünf Jahren nach Aufnahme ihrer Tätigkeit einen **Lehrgang in Führungsmanagement** zu absolvieren. Diese Frist kann bei besonders berücksichtigungswürdigen Gründen mit Zustimmung der Landesregierung verlängert werden. In Jahren, in denen einer dieser verpflichtenden Lehrgänge besucht wird, gilt die allgemeine Fortbildungsverpflichtung im Ausmaß von 15 Stunden pro Jahr gemäß § 29a Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz als erfüllt.

Die Teilnahme an **verpflichtenden Fortbildungsveranstaltungen** im Ausmaß der gesetzlich vorgeschriebenen Stundenanzahl zählt zur Dienstzeit. Wenn dadurch die regelmäßige Wochendienstzeit überschritten wird, so sind dies Überstunden im Sinne des § 29 G-VBG 2012.

Der Erhalter der Kinderbetreuungseinrichtung ist nach § 29a Abs. 3 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz verpflichtet, die Teilnahme an den genannten Fortbildungsveranstaltungen zu ermöglichen. Dabei kommt dem Dienstgeber nach § 35 G-VBG 2012 bei der Wahl der Fortbildungsveranstaltung ein Mitspracherecht zu.

Der **Nachweis** über die absolvierten Fortbildungsveranstaltungen ist gegenüber dem Dienstgeber zu erbringen.

*MMag. Dr. Doris Winkler-Hofer
Abteilung Bildung*

*Dr. Nicola Fleck
Abteilung Gemeinden*

15.

Dienstrechtliche Überlegungen im Detail: Dienstzeit, Urlaub, Überstunden

1. Dienstzeit:

Die wesentlichen Regelungen zur Dienstzeit finden sich in §§ 21ff Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 - G-VBG 2012, LGBl. Nr. 119/2011. Zur Dienstzeit zählt die Zeit der im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden, der Überstunden sowie jener Teile der Bereitschaft und des Journaldienstes, während der der Vertragsbedienstete verpflichtet ist, seiner dienstlichen Tätigkeit nachzugehen, jedoch ausschließlich der Ruhepausen. Die regelmäßige Wochendienstzeit beträgt 40 Stunden, wobei diese unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen durch einen Dienstplan **möglichst gleichmäßig und bleibend** auf die Tage der Woche aufzuteilen sind (Normaldienstplan).

Die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden sind vom Vertragsbediensteten grundsätzlich einzuhalten. Soweit nicht dienstliche Interessen oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, kann die gleitende Dienstzeit eingeführt werden. Dabei kann der Vertragsbedienstete den Beginn und das Ende der täglichen Dienstzeit innerhalb festgesetzter Grenzen selbst bestimmen (Gleitzeit). Während der übrigen Teile der Dienstzeit ist jedenfalls Dienst zu versehen (Blockzeit/Kernzeit). In Falle einer gleitenden Dienstzeit wird empfohlen eine **Gleitzeitordnung** zu erlassen, aus der sich die weiteren Regelungen zur gleitenden Dienstzeit ergeben (zB Gleitzeitrahmen, Kernarbeitszeit und Durchrechnungszeitraum).

2. Urlaub:

Der 4. Abschnitt des G-VBG 2012 (§§ 73ff G-VBG 2012) beinhaltet die Urlaubsregelungen für die Vertragsbediensteten. Das Urlaubsausmaß beträgt demnach bis zum vollendeten 43. Lebensjahr 200 Dienststunden und ab dem vollendeten 43. Lebensjahr 240 Dienststunden. Der Urlaub dient seiner Definition nach der Wiedererlangung des gewohnten Elans und der Auffüllung der Kräftedepots und ist somit auch im

Interesse des Dienstgebers, da diesem nach bestimmungsgemäßem Urlaubsverbrauch ein belastbarer Arbeitnehmer zur Verfügung steht. Der Vertragsbedienstete wiederum soll vor einem Burn Out bewahrt werden. Somit ist der gesetzlich gebührende Jahresurlaub nach Möglichkeit auch **im gleichen Jahr zu verbrauchen**. Über den Verbrauch ist dabei rechtzeitig vor jedem Urlaubsantritt eine Vereinbarung zu treffen, wobei der Vertragsbedienstete Anspruch hat, die Hälfte des Erholungsurlaubes ungeteilt zu verbrauchen, wenn keine zwingenden dienstlichen Gründe entgegenstehen.

Der **Anspruch auf Erholungsurlaub verfällt** jedoch, wenn der Vertragsbedienstete den Erholungsurlaub nicht **bis zum 31. Dezember des dem Urlaub folgenden Kalenderjahres** verbraucht hat. Lediglich dann, wenn der Verbrauch bis zu diesem Zeitpunkt aus dienstlichen Gründen, aufgrund einer Dienstverhinderung durch Krankheit oder Unfall oder aufgrund eines Beschäftigungsverbot nach dem Tiroler Mutterschutzgesetz 2005 bzw. dem Mutterschutzgesetz 1979 nicht möglich ist, wird der Verfall des Erholungsurlaubes um ein weiteres Jahr hinausgeschoben (diesfalls verfällt der Erholungsurlaub somit mit dem Ablauf des 31. Dezember des zweiten, auf das Jahr des Urlaubsanfalls, folgenden Kalenderjahres).

Die hier in Rede stehende gesetzliche **Verfallsbestimmung** verfolgt in erster Linie den Zweck, der Gefahr des Hortens von Urlaub zu begegnen. Eine allfällige **Zustimmung des Dienstgebers** zum Horten dieser Stunden ist - abgesehen vom gesetzlichen Verfall - auch mit den weiteren dienstrechtlichen Vorgaben, wie beispielsweise der Erholungsfunktion des Urlaubes, in **keiner Weise vereinbar**.

3. Überstunden:

Unter dem Begriff Überstunden versteht die gesetzliche Regelung im § 29 Abs. 2 G-VBG 2012 **Dienststunden die auf Anordnung über den Dienstplan hinaus** versehen werden. Diese Stunden sind im Verhältnis 1:1,5 in Freizeit

auszugleichen, nach den besoldungsrechtlichen Bestimmungen abzugelten oder im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen und zusätzlich nach den besoldungsrechtlichen Bestimmungen abzugelten. Grundsätzlich entscheidet der Dienstgeber, welche dieser **Varianten** im Einzelfall zum Tragen kommt. Er hat dem Vertragsbediensteten bis zum Ende des auf die Leistung der Überstunden folgenden Monats mitzuteilen, auf welche Überstunden welche Abgeltungsart angewandt wird.

Ein **Freizeitausgleich** ist jedoch grundsätzlich nur bis zum Ende des sechsten auf die Leistung der Überstunden folgenden Monats zulässig. Diese Sechsmonatsfrist sowie die Monatsfrist für die Mitteilung der Abgeltungsart können mit Zustimmung des Dienstnehmers erstreckt werden.

Aus der Aufzählung im § 29 Abs. 2 G-VBG 2012 ergibt sich der gesetzliche Wille, angeordnete und geleistete Überstunden **grundsätzlich in Freizeit auszugleichen**.

Nur für den Fall, dass dies nicht möglich ist, sollen diese besoldungsrechtlich vergütet werden.

Im Regelfall hat der Bedienstete ab dem sechsten auf die Leistung der Überstunden folgenden Monat nur noch einen Anspruch auf monetäre Abgeltung der von ihm geleisteten Überstunden.

Nach § 69 Abs. 1 G-VBG 2012 **verjähren Ansprüche auf Leistungen**, wenn sie nicht **innerhalb von drei Jahren nach deren Entstehung** - der Lauf dieser Frist beginnt somit spätestens mit der gesetzlich zwingend vorgesehenen Umwandlung in einen Anspruch auf Auszahlung mit Ablauf der erwähnten Sechsmonatsfrist - geltend gemacht werden.

Durch die Gewährung einer **Leistungszulage nach § 68 G-VBG 2012** gelten **alle Mehrleistungen in zeitlicher und mengenmäßiger Hinsicht als abgegolten**, weshalb für diesen Personenkreis **weder ein Freizeitausgleich noch eine Überstundenstunden-vergütung** zum Tragen kommt.

16.

Finanzausgleichsgesetz 2017

Abgabenertragsanteile der Gemeinden - Mindestdynamikregelung

Im Finanzausgleichsgesetz 2017 wurde die Verteilung der Gemeindeertragsanteile auf Landesebene im Wesentlichen auf drei Verteilungskriterien reduziert.

Dies sind der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, ein Fixbetrag je Nächtigung für Gemeinden bis 10.000 Einwohner und ein Betrag je Einwohner für Gemeinden über 10.000 Einwohner. Bisher bekannte Verteilungskriterien wie der Bedarfsausgleich, der Getränke- und Werbeabgabeausgleich, die Werbeabgabe und die Vorausanteile gemäß § 11 FAG 2008 sind weggefallen. Diese grundlegenden Änderungen in der Verteilungsmethodik führen naturgemäß zu Verschiebungen beim gemeindeweisen Aufkommen an Ertragsanteilen.

Zur **Abfederung größerer Verluste** hat der Gesetzgeber im § 12 Abs. 9 FAG 2017 eine sogenannte „Dynamik-Garantie“ vorgesehen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass jede Gemeinde mit einem gewissen Anteil am jährlichen landesweisen Wachstum der Pro-Kopf Ertragsanteile partizipiert.

Die Steigerung der Pro-Kopf-Ertragsanteile der einzelnen Gemeinde gegenüber dem Vorjahr soll im Jahr 2017 zumindest 80 % des Landesdurchschnitts betragen.

Zu diesem Zweck werden die Ertragsanteile einer Gemeinde, wenn sie unter diesem Niveau liegen, auf dieses Niveau aufgestockt. Finanziert wird die Aufstockung zu Lasten jener Gemeinden, deren Ertragsanteile je Einwohner stärker als im Landes-

durchschnitt gestiegen sind und zwar im Verhältnis jener Beträge, welche über dem Mindestniveau liegen. Das Mindestniveau wurde für das Jahr 2017 mit 80 %, für das Jahr 2018 mit 65 % und ab dem Jahr 2019 mit 50 % der länderweisen Ertragsanteile je Einwohner festgelegt.

Eine **Ausnahmeregelung** kommt zur Anwendung wenn die prozentuelle Steigerung unter 0,5 % liegen würde. Dann ist das Mindestniveau die prozentuelle Steigerung abzüglich 0,5 %-Punkte.

Aufgrund der Entwicklung der Ertragsanteile im Jahr 2017 kommt vorerst die Ausnahmeregelung zur Anwendung. Als Vergleichsbasis für das laufende Jahr werden die geschätzten Ertragsanteile 2017 herangezogen.

Die **vorläufige Berechnung der Dynamik-Garantie** hat für die Gemeinden Tirols ein Umverteilungsvolumen von rd. EUR 3,90 Mio. ergeben. Eine erste Teilabrechnung erfolgt mit der Monatsabrechnung April 2017. Weitere Teilabrechnungen sind bei den Monatsabrechnungen August und Dezember 2017 geplant.

Die **endgültige Berechnung der Mindestdynamik** kann erst nach Feststellung des Jahresaufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben durch das Bundesministerium für Finanzen im Rahmen der Zwischenabrechnung für das Jahr 2017 im März 2018 erfolgen.

Für die Verbuchung des Gemeindeanteils an der Mindestdynamik wurde die **Haushaltstelle 2-9250+8597** eingerichtet, auf der auch die Minusbeträge zu buchen sind.

17.

Kommissionsgebührenverordnung 2017 - KGebV

Mit **01.04.2017** ist die **Kommissionsgebührenverordnung 2017 - KGebV**, LGBl. Nr. 28/2017, in Kraft getreten:

Nach **§ 77 Abs. 1 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG**, BGBl. Nr. 51/1991, idGF, können für **Amtshandlungen der Behörden außerhalb des Amtes Kommissionsgebühren** eingehoben werden. Hinsichtlich der Verpflichtung zur Entrichtung dieser Gebühren ist **§ 76 AVG** sinngemäß anzuwenden. Die Kommissionsgebühren sind gemäß **§ 77 AVG** in Pauschalbeträgen (nach Tarifen) oder, soweit keine Pauschalbeträge (Tarife) festgesetzt sind, als Barauslagen nach **§ 76 AVG** aufzurechnen. Die Pauschalbeträge (Tarife) sind nach der für die Amtshandlung aufgewendeten Zeit, nach der Entfernung des Ortes der Amtshandlung vom Amt oder nach der Zahl der notwendigen Amtorgane festzusetzen. Die Festsetzung der Pauschalbeträge (Tarife) erfolgt gemäß **§ 77 Abs. 3 AVG** für die **Behörden der Länder und der Gemeinden durch Verordnung der Landesregierung**.

Die Kommissionsgebühren für Amtshandlungen der Landesbehörden und der Gemeindebehörden außerhalb des Amtes wurden zuletzt im Jahr 2007 erhöht. Mit der Kommissionsgebührenverordnung 2017 - KGebV wurde eine maßvolle Anhebung der zuletzt geltenden Tarife zumindest zur Abgeltung der Inflation vorgenommen. Außerdem wurde die Höhe der **Kommissionsgebühren** für Amtshandlungen der **Gemeindebehörden** außerhalb des Amtes an jene für Amtshandlungen der Landesbehörden **angeglichen**, sodass ein **einheitlicher Tarif** für alle von Landes- bzw. Gemeindebehörden außerhalb des Amtes vorgenommenen Amtshandlungen besteht.

In **§ 1 Abs. 1 KGebV** wurden die Kommissionsgebühren somit für **jedes teilnehmende Amtorgan** je angefangene halbe Stunde mit **17,50 Euro** festgelegt.

Eine höhere Gebühr von **350,- Euro** für jedes teilnehmende Amtorgan sieht die Verordnung in **§ 1 Abs. 5** für die außerhalb der Amtsräume erfolgende Vornahme von **Trauungen bzw. Begründung von Eingetragenen Partnerschaften** vor. Für die Teilnahme einer Aufsichtsperson aus dem Personalstand des Landes an der **theoretischen Fahrprüfung** sind **keine Kommissionsgebühren** zu entrichten (**§ 2**).

Keine Kommissionsgebühren vorzuschreiben sind für Amtshandlungen der Gemeindebehörden, wenn die Gebührenpflicht die Gemeinde trifft (**§ 1 Abs. 4 lit. b KGebV**).

Gemäß **§ 77 Abs. 4** und **Abs. 5 AVG** sind die Kommissionsgebühren von der Behörde, die die Amtshandlung vorgenommen hat, einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat.

Entsenden andere am Verfahren beteiligte **Verwaltungsbehörden Amtorgane**, so sind von der die Amtshandlung führenden Behörde Kommissionsgebühren nach den für die entsendeten Organe geltenden Tarifen als Barauslagen einzuheben und dem Rechtsträger, dem die entsendeten Verwaltungsorgane zugehören, zu übermitteln.

Die Erhöhung der Kommissionsgebühr wird zu **geringfügigen Mehreinnahmen** beim Land Tirol und bei den Gemeinden führen.

Mit Inkrafttreten der KGebV am **01.04.2017** sind die Landes-Kommissionsgebührenverordnung 2007 und die Gemeinde-Kommissionsgebührenverordnung 2007 außer Kraft getreten. Auf **Amtshandlungen vor dem Inkrafttreten** der KGebV sind weiter die nach der Landes-Kommissionsgebührenverordnung 2007 bzw. Gemeinde-Kommissionsgebührenverordnung 2007 geltenden Pauschalbeträge vorzuschreiben und zu entrichten.

18.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	6.799.949	6.234.618	-565.330	-8,31
Lohnsteuer	17.489.626	19.257.224	1.767.599	10,11
Kapitalertragsteuer	595.501	977.816	382.314	64,20
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	940.153	820.907	-119.246	-12,68
Körperschaftsteuer	12.877.747	14.677.746	1.799.998	13,98
Abgeltungssteuern Schweiz	-75	0	75	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-15	0	15	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	872	228	-644	-73,82
Stiftungseingangssteuer	109.205	61.885	-47.320	-43,33
Bodenwertabgabe	112.753	139.949	27.196	24,12
Stabilitätsabgabe	998.825	135.984	-862.841	-86,39
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	39.924.540	42.306.357	2.381.817	5,97
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	24.998.783	23.607.151	-1.391.632	-5,57
Abgabe von alkoholischen Getränken	41	0	-41	-100,00
Tabaksteuer	1.027.896	1.133.514	105.618	10,28
Biersteuer	30.674	9.792	-20.882	-68,08
Mineralölsteuer	1.763.348	2.022.905	259.557	14,72
Alkoholsteuer	130.177	105.959	-24.218	-18,60
Schaumweinsteuer	27.736	32.086	4.350	15,68
Kapitalverkehrsteuern	20.615	7.127	-13.487	-65,43
Werbeabgabe	295.584	97.631	-197.953	-66,97
Energieabgabe	779.177	742.425	-36.752	-4,72
Normverbrauchsabgabe	292.922	365.488	72.566	24,77
Flugabgabe	75.732	45.903	-29.829	-39,39
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	24.162	0	-24.162	-100,00
Grunderwerbsteuer	13.404.515	10.882.592	-2.521.923	-18,81
Versicherungssteuer	810.357	899.105	88.748	10,95
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.530.655	1.627.478	96.823	6,33
KFZ-Steuer	89.700	109.086	19.386	21,61
Konzessionsabgabe	248.477	175.407	-73.070	-29,41
rechnungsmäßig Ertragsanteile	45.550.550	41.863.649	-3.686.901	-8,09
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-879.083			
Summe sonstige Steuern	44.671.467	41.863.649	-2.807.818	-6,29
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe	84.596.007	84.170.006	-426.001	-0,50

19.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	18.439.391	19.002.666	563.275	3,05
Lohnsteuer	89.540.972	85.992.163	-3.548.809	-3,96
Kapitalertragsteuer	5.207.725	4.943.545	-264.180	-5,07
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.452.742	2.435.976	-16.766	-0,68
Körperschaftsteuer	27.098.222	32.227.165	5.128.943	18,93
Abgeltungssteuern Schweiz	15.000	2.888	-12.112	-80,75
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-101	-3	98	96,63
Erbschafts- und Schenkungssteuer	16.720	3.685	-13.035	-77,96
Stiftungseingangssteuer	116.716	85.047	-31.670	-27,13
Bodenwertabgabe	262.623	285.427	22.804	8,68
Stabilitätsabgabe	1.227.813	755.978	-471.835	-38,43
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	144.377.824	145.734.536	1.356.713	0,94
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	88.496.753	83.587.062	-4.909.691	-5,55
Abgabe von alkoholischen Getränken	96	0	-96	-100,00
Tabaksteuer	5.426.789	5.616.626	189.837	3,50
Biersteuer	574.025	580.957	6.932	1,21
Mineralölsteuer	13.447.736	14.389.145	941.410	7,00
Alkoholsteuer	523.420	526.838	3.419	0,65
Schaumweinsteuer	76.412	82.142	5.730	7,50
Kapitalverkehrssteuern	577.192	23.244	-553.948	-95,97
Werbeabgabe	1.435.059	428.805	-1.006.254	-70,12
Energieabgabe	3.344.920	3.596.308	251.388	7,52
Normverbrauchsabgabe	1.104.217	1.321.242	217.024	19,65
Flugabgabe	335.231	332.213	-3.019	-0,90
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	96.648	0	-96.648	-100,00
Grunderwerbsteuer	43.659.118	39.988.442	-3.670.676	-8,41
Versicherungssteuer	3.150.545	3.356.923	206.378	6,55
Motorbezogene Versicherungssteuer	4.677.647	4.828.501	150.854	3,22
KFZ-Steuer	176.002	238.984	62.983	35,79
Konzessionsabgabe	961.934	963.613	1.678	0,17
rechnungsmäßig Ertragsanteile	168.063.744	159.861.043	-8.202.700	-4,88
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-3.516.333			
Summe sonstige Steuern	164.547.410	159.861.043	-4.686.367	-2,85
Kunstförderungsbeitrag	42.185	44.109	1.924	4,56
Summe	308.967.419	305.639.689	-3.327.730	-1,08
Zwischenabrechnung	9.580.729	-9.684.057	-19.264.786	-201,08
Gesamt	318.548.148	295.955.632	-22.592.516	-7,09

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2017 (vorläufiges Ergebnis)		
	Jänner 2017 (endgültig)	Februar 2017 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	101,8	102,1
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	112,7	113,0
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	123,4	123,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	136,4	136,8
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	143,5	144,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	187,7	188,3
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	291,8	292,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	512,1	513,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	652,4	654,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	654,6	656,5
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Februar 2017 beträgt 102,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2017 um 0,3 % gestiegen (Jänner 2017 gegenüber Dezember 2016 - 0,3 %). Gegenüber Februar 2016 ergibt sich eine Steigerung um 2,2 % (Jänner 2017/2016 + 2,0 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck